



Europäisches Migrationsnetzwerk JAHRESKONFERENZ 2018

**4. – 5. OKTOBER
WIEN
ÖSTERREICH**

**MANAGING MIGRATION –
FROM REACTING TO SHAPING**

KONFERENZBERICHT





EMN Jahreskonferenz 2018 | 4. und 5. Oktober 2018 | Wien

Vorwort	7
Das Europäische Migrationsnetzwerk	9
Grußworte und Eröffnung der Konferenz	11
Marian Benbow Pfisterer Bundesminister Herbert Kickl Manfred Profazi	
Key Note	15
Paul Collier	
Eröffnungsdiskussion	19
Michael Fleischhacker Henrik Ankerstjerne Ioan-Dragos Tudorache Siga Fatima Jagne Paul Collier	
FOKUS 1: Migrationsdiplomatie und Migrationsmanagement	25
Belachew Gebrewold Nicolás Berlanga Martínez Henrik Ankerstjerne Monika Laurinaviciute Camille Le Coz	
FOKUS 2: Rückkehr und nachhaltige Reintegration	31
Melita Hummel-Sunjic Ioan-Dragos Tudorache Nicola Graviano Nassim Majidi	
FOKUS 3: Schutz und Unterstützung auf lokaler Ebene	35
Karim El-Gawhary Alexander Betts Mulualet Getachew Adgeh Sophie Magennis Giulia Falzoi	
Schlussbemerkungen	41
Peter Webinger	
Anhang	43
Impressum	46

Vorwort

Im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes organisierte der Nationale Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk (EMN) am 4. und 5. Oktober 2018 die EMN Jahreskonferenz 2018 mit dem Titel „Managing Migration – from Reacting to Shaping“. Mehr als 200 VertreterInnen aus der EU, den Mitglied- und Drittstaaten, sowie von internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen nahmen an der Konferenz im Haus der Industrie am Wiener Schwarzenbergplatz teil. Die Vorträge der 21 SprecherInnen wurden bilingual in deutscher und englischer Sprache simultan übersetzt.

In drei thematischen Panels beschäftigten sich die KonferenzteilnehmerInnen mit Kooperationen zwischen der

EU und Drittstaaten im Bereich der Migration, der Rückkehr und Reintegration von MigrantInnen sowie mit Maßnahmen zum lokalen Schutz und zur Unterstützung von MigrantInnen und Vertriebenen. Das Konferenzprogramm ist im Anhang abgedruckt.

Diese Publikation ist auf der Homepage des Nationalen Kontaktpunkt Österreichs unter www.emn.at abrufbar.

Wir freuen uns, mit der Veröffentlichung dieses Konferenzberichts interessante Informationen und wichtige Denkanstöße liefern zu können. Den Vortragenden der Konferenz sei an dieser Stelle nochmals ausdrücklich für ihre Beiträge gedankt.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

**Das Team des Nationalen Kontaktpunkt Österreichs
im EMN**



Das Europäische Migrationsnetzwerk

Das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) wurde im Jahr 2003 von der Europäischen Kommission im Auftrag des Europäischen Rates eingerichtet, um dem Bedarf eines regelmäßigen Austausches von verlässlichen Informationen im Migrations- und Asylbereich auf europäischer Ebene nachzukommen. Seit 2008 bildet die Ratsentscheidung 2008/381/EG die Rechtsgrundlage des EMN und es wurden Nationale Kontaktpunkte (NKP) in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (mit Ausnahme Dänemarks, welches Beobachterstatus hat) und in Norwegen geschaffen.

Aufgabe des EMN ist es, die Organe der Europäischen Union (EU) sowie nationale Institutionen und Behörden mit aktuellen, objektiven, verlässlichen und vergleichbaren Informationen über Migration und Asyl im Hinblick auf eine Unterstützung der Politikgestaltung in diesen Bereichen zu versorgen. Aufgabe des EMN ist es auch, diese Informationen der allgemeinen Öffentlichkeit bereitzustellen.

Der NKP Österreich ist – basierend auf einem Abkommen mit dem Bundesministerium für Inneres – in der Abteilung für Forschung und Migrationsrecht des Landesbüros für Österreich der Internationalen Organisation für Migration (IOM) angesiedelt. Das IOM Büro wurde 1952 eingerichtet, als Österreich eines der ersten Mitglieder der Organisation wurde. Hauptaufgabe des IOM Landesbüros ist es, nationale Migrationsthemen und aufkommende Trends zu analysieren und entsprechende nationale Projekte und Programme zu planen und umzusetzen.

Zu den Hauptaufgaben der NKP im Rahmen der Umsetzung des EMN-Arbeitsprogramms zählen die Erstellung der jährlichen Politikberichte, die Erstellung themenspezifischer Studien, die Beantwortung der von anderen NKP oder der Kommission gestellten Ad-hoc-Anfragen, sowie die Umsetzung von Aktivitäten zur Förderung der Wahrnehmbarkeit und die Netzwerkarbeit in verschiedenen Foren. Darüber hinaus richten die NKP jeweils

nationale Netzwerke aus Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen ein, welche im Bereich Migration und Asyl tätig sind.

Grundsätzlich betreiben die NKP keine Primärforschung, sondern sammeln und analysieren bereits vorhandene Daten und Informationen; bei Bedarf werden diese jedoch durch die eigenständige Erhebung von Daten und Informationen ergänzt. EMN-Studien werden nach gemeinsamen Studienvorlagen erstellt, um innerhalb der EU und Norwegens vergleichbare Ergebnisse zu erzielen. Da die Vergleichbarkeit der Ergebnisse häufig mit Herausforderungen verbunden ist, hat das EMN ein Glossar erstellt, welches die Anwendung einheitlicher Definitionen und Terminologien in allen nationalen Berichten sicherstellt.

Nach der Fertigstellung der nationalen Berichte erstellt die Europäische Kommission mithilfe eines Dienstleisters einen Synthesebericht, welcher die wichtigsten Ergebnisse der einzelnen nationalen Berichte zusammenfasst. Zusätzlich werden themenspezifisch sogenannte EMN-Informs erstellt, die knapp und präzise die ausgewählten Themen präsentieren und nationale Ergebnisse miteinander vergleichen. Alle nationalen Studien, Syntheseberichte und das Glossar sind auf der Webseite der Generaldirektion Migration und Inneres der Europäischen Kommission verfügbar. □



Grußworte und Eröffnung der Konferenz

Marian Benbow Pfisterer



Marian Benbow Pfisterer, Leiterin des Landesbüros Österreich der Internationalen Organisation für Migration.

In ihren Begrüßungsworten hieß Marian Benbow Pfisterer (IOM Österreich), alle Anwesenden herzlich willkommen. Nach einer kurzen Zusammenfassung der Aufgaben und der Struktur des Europäischen Migrationsnetzwerks hob sie besonders hervor, dass das Landesbüro für Österreich der Internationalen Organisation für Migration, bereits 2003 vom Bundesministerium für Inneres als Nationaler Kontaktpunkt Österreich im EMN nominiert wurde. Sie nutzte die Gelegenheit, um auch dem Bundesministerium für Inneres für die langjährige und gute Zusammenarbeit zu danken.

Benbow Pfisterer erklärte weiters, dass die EMN Jahreskonferenz unter anderem das Ziel verfolge, die externe Dimension der Migrationspolitik in der Europäischen Union zu erforschen. Sie richtete ihre Dankesworte daher auch an die ModeratorInnen und die eingeladenen ExpertInnen und SprecherInnen, ohne deren Beiträge die Konferenz das angestrebte Ziel nicht erreichen könne. □

Bundesminister Herbert Kickl



Herbert Kickl, österreichischer Bundesminister für Inneres.

Der österreichische Bundesminister für Inneres, Herbert Kickl, dankte in seinen Begrüßungsworten der Internationalen Organisation für Migration, Landesbüro für Österreich, für die Ausrichtung der Jahreskonferenz und die Besetzung mit hochkarätigen SprecherInnen. Sein Dank richtete sich auch an die zahlreich erschienenen Gäste, die ein Indikator für die Wichtigkeit des Migrations- und Konferenzthemas seien. Er bekräftigte, dass Europa an einem migrationspolitischen Scheideweg stünde und die Entscheidung darüber, wie die anstehenden Herausforderungen gelöst würden, richtungsgebend für die zukünftigen Entwicklungen in diesem Bereich sei. Die EMN Konferenz sei daher ein idealer Rahmen für konstruktive Diskussionen.

Um für die anstehenden Entscheidungen gewappnet zu sein, brauche es jedenfalls ein Datenfundament, da nur auf Basis einer Analyse die nötigen Schritte gesetzt werden könnten. Hinsichtlich dieser nötigen Schritte führte der Bundesminister aus, im Bereich von Asyl- und Migration von der bisherigen Reaktionsmentalität zu einer Gestaltungsmentalität gelangen zu wollen. Nach seinem politischen Verständnis müsse die Wirklichkeit selbst in die Hand genommen und entsprechend gestaltet werden. Das umfasse auch eine entsprechende Kommunikationspolitik, die sich damit beschäftigen solle, welche migrationspolitischen Botschaften ausgesendet würden und welche Wirkung diese hätten.

Die Erfahrungen aus den Migrationsereignissen 2015/2016 hätten gezeigt, dass ein neues, nachhaltiges und zukunftsfähiges Migrations- und Schutzsystem geschaffen werden müsse. Diesbezüglich seien drei zentrale Fragen zu beantworten, die auch im Rahmen der Konferenz und der Diskussionen behandelt werden sollten:

- Wie kann die Zukunft der globalen Migration aktiv mitgestaltet werden?
- Welches gemeinsame Ziel verbindet die (Mitglieds-) Staaten bei diesen Bemühungen?
- Welche Mittel braucht es, um von einem modernen Schutz- und Migrationssystem sprechen zu können?

Eine zentrale Komponente sah der Bundesminister sowohl in der Zusammenarbeit zwischen den Staaten (Herkunftsstaaten, Transitstaaten und den Zielstaaten) als auch im Bemühen, das Vertrauen der Bevölkerung in das Schutz- und Migrationssystem wieder aufzubauen. Eine weitere wichtige Rolle spiele das Konzept von Schutz und Unterstützung vor Ort, das derzeit nicht jene schütze, die den Schutz am meisten bräuchten. Nach dem Verständnis des Bundesministers würden derzeit nur jene geschützt, die es bis nach Europa schaffen würden, nicht jedoch jene Menschen, die in ihren Herkunftsstaaten auf Hilfe angewiesen seien. Weiters brauche es ein Verhältnis auf Augenhöhe, das im Idealfall beiderseitig Vorteile bringe. Die bestehenden Schlepperaktivitäten müssten zudem zerschlagen werden. Erforderlich sei auch ein effektives Grenzmanagement.

All diese Aspekte müssten in einem modernen Schutzsystem, das der Realität der globalisierten und digitalisierten Welt angepasst sei, enthalten sein. Der Bundesminister hoffte darauf, dass die Konferenz zu dem bestehenden Widerspruch zwischen altem Schutzsystem und moderner Welt sowie zum neuen Schutzsystem entsprechende Impulse liefere. Selbstverständlich seien auch bei dem neuen Schutzsystem die rechtsstaatlichen Grundsätze sowie die Grundrechte der Betroffenen jedenfalls zu respektieren und die Verfahren entsprechend dieser Grundsätze durchzuführen. □

Manfred Profazi



Manfred Profazi, Senior Regionalbeauftragter für Europa und Zentralasien, Internationale Organisation für Migration.

Manfred Profazi (IOM Hauptbüro) begrüßte die KonferenzteilnehmerInnen im Namen der Internationalen Organisation für Migration. Er betonte den speziellen Charakter der Konferenz – das EMN feiere 2018 sein zehnjähriges Bestehen und das zeuge von einer langjährigen Kooperation zwischen der Europäischen Kommission, den Mitgliedsstaaten und der Internationalen Organisation für Migration im Rahmen des EMN. Die Internationale Organisation für Migration sei stolz darauf, bereits seit 2003 gemeinsam mit Österreich im EMN mitzuwirken. Profazi wies auch darauf hin, dass die Internationale Organisation für Migration durch weitere Nationale Kontaktpunkte in Litauen, Slowakei und Kroatien sowie durch das Regionalbüro in Brüssel Beiträge zum EMN leiste.

Auch für die globale Migration sei das Jahr 2018 historisch. Diesbezüglich verwies er auf den „Global Compact for Migration“ (GCM), der eine große Möglichkeit für Europa sowie die interne und externe Dimension der Migration darstelle. Nicht zuletzt sei der noch vorzunehmende Abschluss des GCM als historisches Ereignis anzusehen, da es der erste umfassende und zwischenstaatliche Pakt zu Migrationsfragen auf UN-Level sei. Dieser werde zudem zu einem Zeitpunkt erreicht, zu dem Migrationsfragen politisch geladen und sehr kontrovers seien. Besonders betont wurde, dass der GCM weder Migration fördern noch diese verhindern wolle. Auch sei der Pakt für die Staatengemeinschaft rechtlich nicht bindend. Jedoch anerkenne der GCM Migration als globales Thema und wolle dazu beitragen, die Balance zwischen den Rechten von MigrantInnen und staatlicher Souveränität zu finden sowie Wege aufzuzeigen, wie Migrationspolitik zukünftig aussehen soll. □



Key Note

Paul Collier



Paul Collier, Professor für Wirtschaftswissenschaften und Public Policy, Universität Oxford.

Paul Collier (Universität Oxford) legte den Fokus seiner Key Note auf die Präsentation aktueller Fakten und entscheidender Faktoren für Migration sowie auf derzeit bestehende Herausforderungen auf globaler Ebene. Einleitend führte der Professor an der Universität Oxford aus, dass mit Blick auf das Asyl- und Migrationssystem in Europa ein ständiger Wandel – zunächst in größeren Zeitabständen und zuletzt wöchentlich – zu beobachten sei.

Das gegenwärtige System sei zudem weder ethisch noch realistisch. Es mangle am Verständnis dafür, dass 85 Prozent der Flüchtlinge weltweit in armen Staaten nahe ihrer Herkunftsstaaten leben würden. Die Menschen, die nach Europa kämen, seien oftmals die am wenigsten schutzbedürftigen, die bestausgebildeten, jüngsten und wohlhabendsten. In Deutschland werde für jeden dieser Flüchtlinge rund EUR 25.000 pro Jahr ausgegeben, während praktisch nichts für die restlichen 85 Prozent der Flüchtlinge weltweit, die sich nach wie vor in der Herkunftsregion aufhielten, getan würde. Darüber hinaus würden Menschen, die tatsächlich keine Flüchtlinge seien, nach Europa gelockt – insbesondere in Afrika würde das Motto „Europa oder Tod“ den Diskurs bestimmen. Das führe dazu, dass viele auf der Reise ihr Leben verlieren würden und diejenigen, die Europa tatsächlich erreichen, würden es aufgrund der geringen Erfolgschancen bereuen, ihren Herkunftsstaat überhaupt verlassen zu haben. Er verwies auf Italien, wo rund 500.000 Menschen aus Afrika leben würden, denen sich bald nach ihrer Ankunft die Realität zeige: wenig Geld und kein Zugang zu Ausbildung. Sie könnten jedoch auch nicht zurückkehren, da es aufgrund des Mottos „Europa oder Tod“ zu erniedrigend sei, in ihren Herkunftsstaat zurückzugehen.

Die Probleme des gegenwärtigen Systems würden sich auch darin widerspiegeln, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierungen Europas enorm reduziert sei. Der Hauptgrund dafür sei das Missmanagement in Migrationsfragen, das zu einer Polarisierung in zwei Gruppen geführt habe: jene, die für eine ethische und jene, die für eine realistische Kehrtwende in der Asylpolitik eintreten. Dabei stünden sich die jeweiligen Gruppen gegenüber, als ob ein Verzicht entweder auf Ethik oder auf Realismus unerlässlich wäre.

Im Hinblick auf seine langjährige Erfahrung stellte Collier fest, dass die meisten politischen Probleme eine Lösung hätten. Diese Lösung passe jedoch oftmals nicht in das etablierte administrative System der Staaten, sondern erfordere eine ministerienübergreifende Zusammenarbeit. So sei in Migrationsfragen oftmals das Innenministerium zuständig. Die Problemlösung erfordere nach Collier aber 90 Prozent Input von anderen Ministerien. Ebenso identifizierte er das Verhältnis zwischen Politik und Presse als problematisch, da sich PolitikerInnen oftmals die Frage stellen würden, welche Informationen man der Presse und dem Wahlvolk weitergeben könne. Er forderte langfristiges Denken, das sich in der Europäischen Union insbesondere aufgrund der gewachsenen Zuständigkeitsstruktur und der Tatsache, dass in der Vergangenheit an der Stelle getreten wurde, als schwierig gestalte.

Collier plädierte auch für ein neues Narrativ bezüglich Migration und Flucht, das er als „sustainable migration system“ bezeichnete. Dieses umfasse drei zentrale Aspekte:

- Nachhaltigkeit – denn das sei auch ein ethischer Weg;
- Demokratische Unterstützung – und eine dafür nötige realistische, politische Strategie;
- Keine Maßnahmen zu setzen, von denen wahrscheinlich erscheint, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt bereut würden.

Zunächst müsse also darüber nachgedacht werden, wie ein solches nachhaltiges System aussehen könne und welche Ziele es brauche, um ein ethisches, realistisches und nicht von Reue geprägtes System zu erreichen. In weiterer Folge müsse es dann vom Status quo einen Übergang zu diesem neuen System geben. Collier räumte ein, dass dieser Übergang wahrscheinlich nicht friktionsfrei ablaufe, jedoch sei es der einzig mögliche Weg.

Das ethisch vertretbare Ziel bezeichnete Collier als Verpflichtung gegenüber den 85 Prozent der Flücht-

linge weltweit, die nach wie vor in der Region ihres Herkunftsstaates aufhältig seien. Diese Staaten hätten eines gemeinsam: sie seien arm und potentiell Konflikt und Unordnung ausgesetzt. Deren Nachbarstaaten seien ebenfalls arm, wiewohl möglicherweise nicht so arm wie der Herkunftsstaat, was dazu führe, dass eine Flucht in den Nachbarstaat und die Aufnahme von Arbeit in diesem eine wesentliche Verbesserung der Lebenssituation gegenüber dem Herkunftsstaat darstelle. Da die Geflüchteten aber bereit seien, zu geringerem Lohn zu arbeiten, würden sie das Gehaltsniveau im Nachbarstaat drücken, weswegen Flüchtlinge in der Regel keine Arbeitserlaubnis bekämen. Dies wiederum mache eine langfristige Unterstützung dieser Menschen erforderlich. Collier hielt fest, dass es aber nicht darum gehen könne, diese Menschen langfristig zu betreuen, sondern vielmehr ihre Autonomie wiederhergestellt werden müsse. Hier komme die Verantwortung Europas ins Spiel – doch die Antwort laute nicht, diese Flüchtlinge nach Europa zu bringen. Vielmehr sei die Antwort, finanzielle Hilfe und Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen, also Herkunftsstaaten und Nachbarstaaten, zu schaffen.

Als Beispiel verwies Collier auf die Entwicklung in Jordanien, wo Flüchtlinge nunmehr auch arbeiten dürften. Darüber hinaus bestehe aufgrund entsprechender Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen durch die Europäische Kommission nunmehr auch Zugang für jordanische Unternehmen zum Europäischen Markt, sodass diese die Möglichkeit hätten, die in Jordanien gefertigten Produkte auch in Europa zu verkaufen. Dadurch habe es mehr Bedarf an Arbeitsplätzen in der Region gegeben, die teilweise mit Flüchtlingen besetzt werden konnten. Collier hielt im Hinblick auf dieses Beispiel fest, dass es in diesem Fall also die Wirtschaftsministerien der Europäischen Union gewesen seien, die eine Lösung im Bereich Migrationsmanagement vorangetrieben hätten und nicht die Innenministerien, die oftmals formal zuständig wären. Das sei ein Beispiel für vernetztes politisches Denken.

Im Hinblick auf das Asylsystem hielt Collier weiters fest, dass Flüchtlinge Anspruch auf Schutz haben, dies aber nicht bedeute, sich den Ort des Schutzes aussuchen zu können. Das Asylsystem müsse unterscheiden zwischen Personen, denen Schutz in Europa zukomme, weil Europa der erste Zufluchtsort sei, und jenen anderen, die bereits Schutz hätten, aber eine Umsiedlung anstreben würden. Darüber hinaus sei eine Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und „aspirational migrants“

– also jenen, die aufgrund fehlender Zukunftsperspektiven im Herkunftsstaat und der Hoffnung auf bessere Chancen den Weg nach Europa suchen würden – erforderlich. Hinsichtlich dieser sogenannten „aspirational migration“ wies er darauf hin, dass dies überwiegend junge Männer aus armen Staaten betreffe, wie beispielsweise sudanesischen Ärzte in London. Mittlerweile gebe es mehr sudanesischen Ärzte in London als im Sudan. Aus ökonomischer Sicht sei das zwar zu begrüßen, weil dadurch das globale Bruttoinlandsprodukt gesteigert werden könne, es sei jedoch nicht ethisch vertretbar, Ärzte andernorts ausbilden zu lassen und sie dann in Europa anzustellen. Diese Ärzte würden in den Herkunftsstaaten dringender benötigt.

Nach Ansicht von Collier gebe es in Europa ausreichend Unternehmen, die Arbeitsplätze in die betroffenen Regionen bringen könnten. Damit die Globalisierung für die Menschen arbeite, hieße das auch, dass Arbeitsplätze zu den Menschen kommen müssten und nicht umgekehrt. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Der Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung habe bereits darauf hingewiesen, dass in der Subsahara-Region investiert werden müsse, was vom Direktorengremium, bestehend aus VertreterInnen der Ministerien in den Mitgliedsstaaten, aber abgelehnt würde. Das ethische Gebot sei jedoch die Arbeitsplätze genau dorthin zu bringen.

In Bezug auf Maßnahmen, die unterlassen werden sollten, da sie in Zukunft bereut würden, nannte Collier die Sorge von weniger gut ausgebildeten Menschen in Europa, dass neue Technologien ihre Arbeitsplätze gefährden würden. Dies sei auch zu erwarten, weshalb davon Abstand genommen werden solle, Geringqualifizierte nach Europa zu bringen. Sonst würde langfristig die Gefahr bestehen, dass weder diese noch die EuropäerInnen einen Arbeitsplatz hätten. Er riet zu einem vorsichtigen Umgang, denn solle sich herausstellen, dass mehr Arbeitskräfte benötigt würden, könnten immer noch mehr Menschen in Europa aufgenommen werden. Umgekehrt sei es jedoch unmöglich, Menschen wieder zurückzuschicken. □



Eröffnungsdiskussion

Eröffnungsdiskussion

Auf Grundlage der aktuellen Daten- und Faktenlage sowie erwarteter zukünftiger Trends diskutierten die TeilnehmerInnen über migrationspolitische Entwicklungen auf europäischer und globaler Ebene. Unter der Moderation von **Michael Fleischhacker** diskutierten **Henrik Ankerstjerne**, Stellvertretender Ständiger Staatssekretär des Dänischen Ministeriums für Immigration und Integration, **Ioan-Dragos Tudorache**, Leiter der Abteilung

für irreguläre Migration und Rückkehr der Europäischen Kommission, **Siga Fatima Jagne**, Kommissarin für soziale Angelegenheiten und Gender der Kommission der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS Kommission), sowie **Paul Collier**, Professor für Wirtschaftswissenschaften und Public Policy an der Blavatnik School of Government, Universität Oxford.



TeilnehmerInnen der Eröffnungsdiskussion v.l.: Moderator Michael Fleischhacker (Quo Vadis Veritas Redaktions GmbH), Henrik Ankerstjerne (Dänisches Ministerium für Immigration und Integration), Siga Fatima Jagne (Kommission der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft), Ioan-Dragos Tudorache (Europäische Kommission) und Paul Collier (Universität Oxford).

In Anlehnung an die Key Note von Collier sowie die Ausführungen des Bundesministers für Inneres wurden jene Schlüsselfaktoren identifiziert, die es erlauben würden, eine aktive Rolle im Asyl- und Migrationssystem zu übernehmen.



Henrik Ankerstjerne, Stellvertretender Ständiger Staatssekretär, Dänisches Ministerium für Immigration und Integration.

In diesem Sinne führte **Henrik Ankerstjerne** (Dänisches Ministerium für Immigration und Integration) aus, dass die dänisch-österreichische Kooperation als sehr eng zu bewerten sei. Insbesondere beim Thema der Rückkehrzentren außerhalb Europas oder im Bereich der Datensammlung und Datenauswertung teile Dänemark die Ansichten der österreichischen Politik. Die absolute Notwendigkeit der Datensammlung ergebe sich zudem aus der bisherigen dänischen Praxis. Zwar würden Daten zu Migrationsbewegungen erhoben, diese aber in weiterer Folge nicht ausgewertet. Es seien zuletzt 180 Fälle von Flüchtlingen geprüft worden und es habe sich herausgestellt, dass nur ein geringer Teil direkt nach Europa gekommen sei. Alle anderen hätten bereits andernorts Schutz erhalten, sodass es letztlich offenbar nicht um Schutz vor Verfolgung, sondern um bessere Möglichkeiten ginge. Es sei daher wesentlich zunächst zu klären, woher schutzsuchende Menschen kämen, damit entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden könnten. Dänemark müsse sich zudem mehr dafür engagieren beispielsweise Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen zu schaffen, wie von Collier vorgeschlagen. Zuerst benötige man aber die Daten, da ohne Daten nicht zielgerichtet geholfen werden könne. □



Siga Fatima Jagne, Kommissarin für soziale Angelegenheiten und Gender, Kommission der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Siga Fatima Jagne (Kommission der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, ECOWAS Kommission) stellte den migrationspolitischen Fokus der ECOWAS vor. Der Schwerpunkt liege darauf, die Abwanderung von jungen Menschen zu verhindern. Diesbezüglich verwies sie darauf, dass 80 Prozent der Abwanderung innerhalb der ECOWAS-Staaten stattfinde. Weniger als 10 Prozent würden den Bereich der ECOWAS-Staaten verlassen, die restlichen 10 Prozent würden jahreszeitabhängige Wanderbewegungen unternehmen, um als SaisonarbeiterInnen zu arbeiten. Diese Menschen würden anschließend wieder in ihren Herkunftsstaat zurückkehren. Das werde von ECOWAS auch gefördert und gesteuert, da dadurch Migration aus der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft verhindert werden könne. Diese Migration betreffe überwiegend Frauen, junge und besser ausgebildete Menschen, nicht hingegen Menschen, die aus wirtschaftlicher Sicht Hilfe benötigen würden.

Diesbezüglich verwies Jagne auf die „growth centers“, wie sie bereits in Gambia erprobt wurden. In den ländlichen Gegenden würde Infrastruktur – beispielsweise Elektrizität, Schulen und Freizeiteinrichtungen – zur Verfügung gestellt, damit die dort lebenden Menschen nicht in die urbanen Gebiete abwandern würden, wo sie oftmals Opfer von Menschenhandel würden. Die ländlichen Regionen müssten unterstützt werden, um die jungen Menschen vor Ort halten zu können.

“Wenn wir unsere Arbeit nicht in den ländlichen Gegenden beginnen, werden wir Menschen nicht davon abhalten können abzuwandern.”

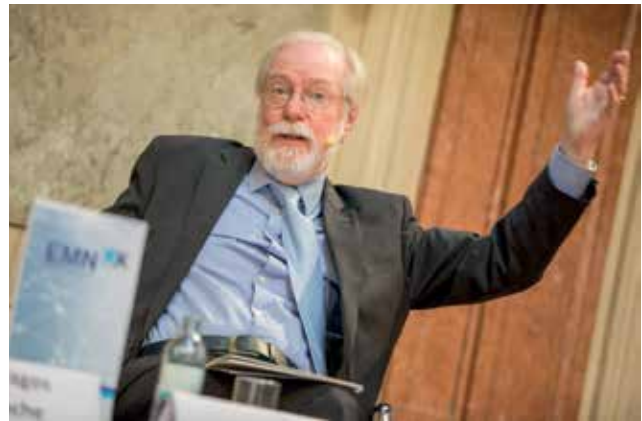
Siga Fatima Jagne

Aus diesem Grund rufe ECOWAS ihre Mitgliedstaaten auch auf, junge Menschen im technischen Bereich fortzubilden oder zur Gründung eigener Unternehmen anzuregen. □



Ioan-Drăgos Tudorache, Leiter der Abteilung für irreguläre Migration und Rückkehr, Europäische Kommission.

Der Vertreter der Europäischen Kommission, **Ioan-Drăgos Tudorache**, konstatierte, dass die Migrationsdebatte von Emotionen beherrscht werde. Nicht zuletzt aus diesem Grund sei das EMN wichtig, um die Emotionen in Hinblick auf Fakten zu überwinden und einen Realitätscheck in die (politische) Debatte zu bringen. Zur externen Dimension der Migrationspolitik führte er aus, dass sich die Prioritäten der Europäischen Union seit bzw. trotz der Flüchtlingskrise 2015/2016 im Vergleich zu der Zeit davor nicht verändert hätten. Durch die Flüchtlingskrise seien jedoch neue Instrumente eingeführt worden bzw. wurde daran gearbeitet, bestehende Instrumente besser zu nutzen und sie weiterzuentwickeln. Ebenso spiele nunmehr Kohärenz eine wesentlichere Rolle. Diese Kohärenz bestünde einerseits in den abgestimmten Maßnahmen der Europäischen Union und der Mitgliedsstaaten, andererseits wurde auf politikübergreifende Übereinstimmungen geachtet, beispielsweise zwischen Migrationspolitik und Investitionen in Drittstaaten, um Arbeitsplätze zu schaffen. □



Paul Collier, Professor für Wirtschaftswissenschaften und Public Policy, Universität Oxford.

Paul Collier (Universität Oxford) bekräftigte in Bezug auf gemeinsame Politikgestaltung, dass die Problematiken rund um das Asyl- und Migrationssystem jedenfalls lösbar seien, sofern eine gemeinsame Politik bestünde und langfristig gedacht werde.

„Das ist ein vollständig lösbares Problem.“

Paul Collier

Die EU-Migrationspolitik sei derzeit in Bewegung, ganz im Gegenteil zu noch vor ein paar Jahren. Nunmehr gebe es neue Vorschläge in der Europäischen Union und in der G20. Ein Problem bestünde aber weiterhin darin, dass das Phänomen der Migration noch bevor es analysiert schon politisiert würde.

Einen Teil der Problemlösung sieht Collier darin, einen Diskurswandel voranzutreiben und damit zu fördern, dass beispielsweise Studierende aus afrikanischen Staaten, die in Europa ihre Ausbildung erhielten, wieder in ihren Herkunftsstaat zurückkehren. In diesem Sinne müsse sich das momentan dominante Narrativ „Europa oder Tod“ hin zum Narrativ der Hoffnung „Afrika ist die Zukunft“ wandeln.

Ebenso hätten aber auch NGOs ihr Narrativ zu ändern. Collier hielt fest, dass Arbeitsplätze dazu beitragen würden, die Autonomie und letztlich die Würde der geflüchteten Menschen wiederherzustellen. Seiner Ansicht nach gebe es in den Aufnahmestaaten aber oftmals keine Arbeitsplätze, weil Unternehmen einen Imageschaden fürchteten und Sorge hätten, von NGOs der Ausnutzung von Flüchtlingen bezichtigt zu werden. Dadurch würden die NGOs, die an sich das Ziel hätten Flüchtlinge zu unterstützen, zum großen Hindernis bei der Umsetzung dessen, was Flüchtlinge brauchen würden, nämlich die Wiederherstellung der Würde und der Selbstständigkeit. Collier meinte dementsprechend, dass sich die NGOs nicht verantwortungsvoll verhalten wür-

den und forderte von ihnen, sie mögen sich den tatsächlichen Verhältnissen anpassen oder aussteigen.

Collier sprach sich auch explizit für zirkuläre Migration aus. Nach seinem Modell sei ein begrenzter Aufenthalt von drei Jahren innerhalb Europas möglich, was mit der verpflichtenden Rückkehr in den Herkunftsstaat einhergehe. Dadurch würden die in Europa geschaffenen Arbeitsplätze genutzt, zumal alle drei Jahre neue Arbeitskräfte diese Arbeitsplätze besetzen würden. Die MigrantInnen würden mit mehr Geld und Kompetenzen in ihren Herkunftsstaat zurückkehren. Dieses Modell werde bislang aber nicht diskutiert, da die eine Fraktion politischer EntscheidungsträgerInnen keine Menschen aus Afrika in Europa möchte und die andere Fraktion Afrika retten wolle. Keine der beiden Fraktionen spreche jedoch darüber, Möglichkeiten nach Afrika zu bringen. □

Bei der anschließenden **Diskussion mit dem Publikum** sprach unter anderem die Vertreterin für EU-Angelegenheiten des UNHCR, Sophie Magennis, die ausführte, in der Diskussion eine vereinfachte Antwort auf die anstehenden Fragen vernommen zu haben. Ihrer Auffassung nach sei kolportiert worden, dass die Europäische Union keine oder bloß wenige AsylwerberInnen bzw. Flüchtlinge aufnehmen und der Schutz exklusiv im Herkunftsstaat gewährt werden solle. Die exklusive Unterbringung im Herkunftsstaat werde von UNHCR als problematisch angesehen und es scheine zudem kontraproduktiv zu sein. Die Europäische Union müsse Schutz und Unterstützung der Herkunftsstaaten zur Verfügung stellen, dabei spiele auch Neuansiedlung eine wichtige Rolle.

Die TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion stimmten zu, dass Europa jedenfalls weiterhin Schutz gewähren müsse. Jeder Staat solle entsprechend seiner Möglichkeiten – finanzielle Hilfe, Investitionen, Arbeitsplatzschaffung – einen Beitrag leisten. Im Hinblick auf die Zahl der in der Europäischen Union gewährten Schutzstatus hob der Vertreter der Europäischen Kommission hervor, dass die Europäische Union ihre Verantwortung ernst nehme.



Konferenzteilnehmer bei der Publikumsdiskussion.





FOKUS 1: Migrationsdiplomatie und Migrationsmanagement

FOKUS 1: Migrationsdiplomatie und Migrationsmanagement

Unter der Moderation von **Belachew Gebrewold** wurden diplomatische Herangehensweisen zu Migrationsmanagement mit einem Fokus auf internationale Partnerschaften beleuchtet. Es diskutierten **Nicolás Berlanga Martínez**, Berater für Migration im Europäischen Auswärtigen Dienst, **Henrik Ankerstjerne**, Stellvertretender

Ständiger Staatssekretär des Dänischen Ministeriums für Immigration und Integration, **Monika Laurinavičiute**, Koordinatorin der Abteilung Internationale Kooperation bei Frontex, sowie **Camille Le Coz**, Politikanalystikerin am Migration Policy Institute.



TeilnehmerInnen im Fokus 1 v.l.: Moderator Belachew Gebrewold (Management Center Innsbruck), Nicolás Berlanga Martínez (Europäischer Auswärtiger Dienst), Henrik Ankerstjerne (Dänisches Ministerium für Immigration und Integration), Monika Laurinavičiute (Frontex) und Camille Le Coz (Migration Policy Institute).

Einführend erklärte der Moderator, Belachew Gebrewold, dass das Wort Krise seit den Ereignissen in den Jahren 2015 und 2016 mit negativer Konnotation verwendet werde. Er verstehe es hingegen in einem ursprünglich griechischen Zusammenhang, wonach eine Entscheidungssituation gemeint sei. Die Entscheidungsfindung sei in Europa aber nicht zuletzt aufgrund der Rechtsstaatlichkeit und der damit einhergehenden Grundprinzipien schwieriger als beispielsweise bei totalitären Regimen. Die Podiumsdiskussion wolle sich auf drei Aspekte fokussieren:

- bestehende Formen der Migrationszusammenarbeit;
- aus den letzten Jahren und darüber hinaus gelernte Erfahrungen;
- Auswirkungen der Migration in und auf Drittstaaten.



Nicolás Berlanga Martínez, Berater für Migration, Europäischer Auswärtiger Dienst.

Nicolás Berlanga Martínez (Europäischer Auswärtiger Dienst) legte in seinen Ausführungen die bestehenden Modelle der Zusammenarbeit im Migrationskontext zwischen der Europäischen Union und Drittstaaten dar. In diesem Zusammenhang führte er zunächst einleitend aus, dass Migration als Themenkomplex verstanden werden müsse.

Wiewohl es 2015 zu einem „Migrationsschock“ gekommen sei, seien die Zahlen der MigrantInnen nach Europa in den vergangenen 15 Jahren konstant geblieben. Aufgrund der Migrationsereignisse im Jahr 2015 seien zudem zwei neue Instrumente entstanden, die von einem Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen Afrika und Europäische Union zeugen würden. Dies wären die Investitionsoffensive der Europäischen Union für Drittstaaten, mit der finanzielle Mittel für Investitionen in Afrika bereitgestellt würden, sowie die „Allianz Afrika-Europa für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze“, mit der auch verstärkte Eigenverantwortlichkeit für afrikanische Staaten angestrebt würde.

Als weitere Reaktion auf die Migrationsereignisse des Jahres 2015 sei der „Joint Valletta Action Plan“, der eine umfassende Betrachtung des Phänomens Migration vorsähe, erarbeitet worden. Darüber hinaus seien in diesem Plan Partnerschaft, Solidarität und gemeinsame Verantwortung als Schlüsselfaktoren identifiziert worden. Auch mit dem „Global Compact for Migration“ werde die Komplexität des Phänomens der Migration grundsätzlich anerkannt. Es bedürfe jedoch weiterführender und intensiver Zusammenarbeit zwischen Afrika und der Europäischen Union, zumal klare gemeinsame Interessen bestünden.

Abschließend betonte Martínez, dass es in Migrationsfragen immer um Menschen ginge, sodass die Rettung von Menschenleben im Vordergrund zu stehen habe. □



Henrik Ankerstjerne, Stellvertretender Ständiger Staatssekretär, Dänisches Ministerium für Immigration und Integration.

Henrik Ankerstjerne (Dänisches Ministerium für Immigration und Integration) stellte an den Beginn seiner Ausführungen, dass alles mit der Rückkehr beginne. Das klinge zwar verwunderlich, jedoch funktioniere die globale Zusammenarbeit im Bereich der Migration nicht, wenn Staaten ihre eigenen Staatsangehörigen nicht zurücknehmen. Anhand eines Fallbeispiels der irakischen Jugendfußballmannschaft erläuterte er, wie der Umstand fehlender Rückübernahmeabkommen zu einer Blockade des Systems führen könne. Nur mit Nachhaltigkeit und sanftem Druck konnte diese Situation gelöst und letztlich ein Rückübernahmeabkommen abgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang komme auch der Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedsstaaten eine wesentliche Rolle zu, da unkoordinierte Rückführungen die zurücknehmenden Drittstaaten vor operationelle Probleme stellen könnten. In diesem Sinne hob auch er den „Joint Valletta Action Plan“ hervor, der erstmals unter anderem die Verpflichtung zur Rückübernahme von eigenen Staatsangehörigen vorsehe. □



Monika Laurinavičiute, Koordinatorin der Abteilung Internationale Kooperation, Frontex.

Monika Laurinavičiute (Frontex) präsentierte die aktuellen Entwicklungen in der Zusammenarbeit zwischen Frontex und Drittstaaten im Bereich des Grenzmanagements. Sie hielt fest, dass Migration und Diplomatie nicht grundsätzlich mit Grenzmanagement in Verbindung stünden. Frontex sehe sich überwiegend als Agentur mit Schwerpunkt im operationellen Bereich, die aber vor allem auch die externe Dimension der EU-Migrationspolitik beachte. Daher werde sowohl mit den Mitgliedsstaaten als auch mit Drittstaaten eng zusammengearbeitet. Das sei wesentlich, damit allen AkteurInnen die aktuellsten Entwicklungen bekannt seien, um faktengestützte Entscheidungen treffen zu können. Sie wies auch darauf hin, dass jährlich insgesamt 450 Millionen Grenzkontrollen auf dem Gebiet der Europäischen Union durchgeführt würden, wobei 99 Prozent der Grenzübertritte rechtmäßig seien. Die Aufgabe und die Herausforderung bestünden daher darin, die wenigen Fälle der grenzüberschreitenden Kriminalität und irregulären Grenzübertritte festzustellen.

Im Hinblick auf die erwähnte Zusammenarbeit führte Laurinavičiute aus, dass VerbindungsbeamtenInnen in unterschiedlichen Staaten stationiert wurden, um den regelmäßigen Austausch mit den Staaten zu fördern. Mit Blick auf die Zukunft meinte sie, dass die Europäische Kommission ein noch zu verhandelndes, ausgeweitetes Mandat für Frontex sowie eine personelle Aufstockung angekündigt habe. Frontex arbeite zudem nicht alleine, sondern zusammen mit den Mitgliedsstaaten, die in ihren bilateralen Beziehungen auch unterstützt würden. □



Camille Le Coz, Politikanalytikerin, Migration Policy Institute.

Camille Le Coz (Migration Policy Institute) präsentierte Aspekte zu partnerschaftlichen Abkommen im Migrationsbereich zwischen der Europäischen Union und Drittstaaten. Dazu hielt sie fest, dass seit den Migrationsereignissen in den Jahren 2015 und 2016 eine Priorisierung von Migrationsfragen durch die Europäische Union wahrzunehmen sei. Dabei werde auch vermehrt ein Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit mit Drittstaaten, allen voran afrikanischen Staaten, gelegt. Die Migrationsfragen würden aber auch zu einer zunehmenden Spaltung innerhalb Europas führen.

Im Umgang mit Drittstaaten seien alle Instrumente zur Bewältigung der Migrationsangelegenheiten eingesetzt worden, wobei einige davon – beispielsweise das Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei – zu spät gekommen seien. Insgesamt seien zwar Fortschritte zu verzeichnen, zumal die Europäische Union bemüht sei, die afrikanischen Staaten als Partner zu behandeln und deren Bedürfnisse besser zu verstehen. Das umfasse auch den Aufbau von Netzwerken und EU-Delegationen in den afrikanischen Staaten. Aktuell bestünden noch Beschränkungen, beispielsweise dadurch, dass afrikanische Staaten nicht zwingenderweise finanzielle Zuwendungen, die von der EU primär angeboten würden, sondern beispielsweise Visa bevorzugen würden. Le Coz führte auch aus, dass die afrikanischen Staaten bereits aktiv geworden seien, um irreguläre Migration zu verhindern. Die Umsetzung dieser Migrationsstrategien erfordere jedoch Zeit, wohingegen schnelle Resultate erwartet würden.

Auf Seiten der Europäischen Union bestehe ebenso Handlungsbedarf, beispielsweise im Hinblick auf die Schaffung regulärer Migrationsmöglichkeiten nach Europa. Dessen ungeachtet bestünde das Risiko, dass die Europäische Union eine Migrationspolitik beschließe, die von afrikanischen Staaten nicht unterstützt würde. Es stelle sich zudem die Frage, wie die Europäische Union zukünftig mit Drittstaaten zusammenarbeiten

wolle. Zwar spreche die Europäische Union nunmehr mit einer Stimme, jedoch würden die Interessen der Mitgliedsstaaten und ihr Engagement in den Drittstaaten variieren. □

Aus dem Publikum wurde unter anderem angemerkt, dass durch legale Migration einerseits die irreguläre Migration verhindert und andererseits Vorteile für die Europäische Union – Stichwort Überalterung und Facharbeitermangel – erzielt werden könnten. Dazu hielten die TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion fest, dass bei Erweiterung der legalen Migrationsmöglichkeiten nicht gesichert sei, dass die irreguläre Migration reduziert würde. Darüber hinaus wäre es aus politischen Gründen weder möglich noch nachhaltig, ohne besonderen Grund Migrationswege nach Europa zu eröffnen, zumal es auch darum ginge, den Arbeitsmarkt zu kontrollieren.



Konferenzteilnehmer bei der Publikumsdiskussion.



FOKUS 2: Rückkehr und nachhaltige Reintegration

FOKUS 2: Rückkehr und nachhaltige Reintegration

Der nächste Schwerpunkt der Konferenz lag auf bestehenden Strategien zu Rückkehr und nachhaltiger Reintegration. Insbesondere die Umstände, die den Erfolg eines nachhaltigen Zugangs ausmachen, wurden beleuchtet. **Melita Hummel-Sunjic** moderierte das Forum bestehend aus **Ioan-Dragos Tudorache**, Leiter der Abteilung

für irreguläre Migration und Rückkehr der Europäischen Kommission, **Nicola Graviano**, Leitender Experte für Unterstützte Freiwillige Rückkehr und Reintegration bei der Internationalen Organisation für Migration, sowie **Nassim Majidi**, Kodirektorin und Mitbegründerin des Think Tank Samuel Hall.



TeilnehmerInnen im Fokus 2 v.l.: Moderatorin Melita Hummel-Sunjic (Transcultural Campaigning), Ioan-Dragos Tudorache (Europäische Kommission) und Nicola Graviano (Internationale Organisation für Migration).



Ioan-Drăgos Tudorache, Leiter der Abteilung für irreguläre Migration und Rückkehr, Europäische Kommission.

Ioan-Drăgos Tudorache (Europäische Kommission) stellte diverse Aspekte der europäischen Rückkehrpolitik dar und präsentierte die europäische Strategie zur Anhebung der Rückkehrquote. Weiters ging er auf die Zusammenhänge zwischen Rückkehr und Reintegration ein. So führte er zunächst aus, dass Rückkehr von vielen als die dunkle Seite der Migration gesehen werde. Lange Zeit sei die Rückkehr auch nicht im Fokus der Europäischen Union gestanden, was sich mit den Migrationsereignissen 2015/2016 geändert habe. Das Ziel der vergangenen drei Jahre sei gewesen, die bestehenden Komponenten Rückkehr, Rückkehrübernahme und Reintegration näher zusammenzuführen und kohärenter zu gestalten.

Die Rückkehrquote liege bei rund 40 Prozent, sodass Rückkehr nicht effizienter geworden sei. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, Reintegration zu einem begleitenden Instrument zu machen. Nur durch entsprechende Maßnahmen der Reintegration im Herkunftsstaat könne auch die freiwillige Rückkehr dorthin gesteigert werden. Tudorache hielt fest, dass die bloße finanzielle Zuwendung an Rückkehrende keinen Sinn mache, sondern Investitionen in die Gemeinschaft im Herkunftsstaat gemacht werden müssten. □



Nicola Graviano, Leitender Experte für Unterstützte Freiwillige Rückkehr und Reintegration, Internationale Organisation für Migration.

Nicola Graviano (IOM Hauptbüro) gab in seiner Präsentation einen Überblick über die Fortschritte bei der Umsetzung laufender Rückkehr- und Reintegrationsprogramme von EU und IOM sowie die damit verbundenen Herausforderungen, vor allem auf operationeller Ebene. Dabei ging er insbesondere auf den integrierenden Reintegrationsansatz der IOM ein. In Anknüpfung an den Vorredner kommentierte er, dass zwar alles mit der Rückkehr beginne, es aber jedenfalls nicht damit zu Ende sei.

„Alles beginnt mit Rückkehr (...), aber es endet jedenfalls nicht damit. Die Rückkehr ist sicher nicht das Ende des Prozesses, denn es geht viel weiter als das.“

Nicola Graviano

Zu keinem anderen Zeitpunkt seien Rückkehr und Reintegration in der politischen Agenda wichtiger beurteilt worden als jetzt. Noch vor ein paar Jahren sei es ein Tabuthema gewesen, über Rückkehr und Reintegration zu sprechen. Nunmehr werde die Situation von vielen Akteuren wie UN und EU-Organisationen völlig anders wahrgenommen. Reintegration sei ein Teil, um Migration nachhaltiger zu gestalten. Er forderte ebenso eine allgemeingültige Definition von Reintegration, was bislang aufgrund der unterschiedlichen Sichtweisen schwer zu erzielen war. Als mögliche Definition verwies er auf jene der Internationalen Organisation für Migration, die auch wirtschaftliche, soziale und psychosoziale Dimensionen beinhalte. Effektive Reintegration umfasse nicht bloß die Rückkehrenden, sondern die gesamte Gemeinschaft. Das begründete er damit, dass sich Rückkehrende nach der Rückkehr in ihrem direkten Umfeld wieder etablieren müssten. Das sei jedoch extrem schwierig, solange die Rückkehr als negativ beurteilt würde. Es gehe daher nicht nur darum, Reintegration für Rückkehrende anzubieten, sondern auch Unterstützung für die lokale

Bevölkerung, in die zurückgekehrt werde. Daher würden unter anderem Pilotprojekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Herkunftsstaat laufen. Reintegration bedürfe daher also eines Zugangs, der unterschiedliche Facetten berücksichtige. Dadurch könnten auch jene Faktoren, die zu Migration führen würden, identifiziert werden. Reintegration bedeute außerdem eine potentielle win-win-Situation für Rückkehrende und die lokale Bevölkerung. Erforderlich sei jedenfalls auch eine verbesserte Datenerhebung, um die Effektivität und Nachhaltigkeit der Reintegration beurteilen und daraus weitere Schlüsse ziehen zu können. □



Nassim Majidi, Kodirektorin und Mitbegründerin, Think Tank Samuel Hall.

Nassim Majidi (Think Tank Samuel Hall), die per Video-Link zugeschaltet war, präsentierte mögliche Methoden um die Auswirkungen und Entwicklungen von Rückkehr, Rückübernahme und Reintegration durch Datenerhebung zu erfassen. Sie verwies darauf, dass in der Geschichte immer die Staaten entschieden hätten, wann die Rückkehr stattzufinden habe. Das habe zu Spannungen in den Herkunftsstaaten geführt. Auch heute würden Rückkehrende oftmals nicht als PartnerInnen im Rahmen der Reintegration angesehen.

Auch sie bekräftigte, dass Reintegration die Bedürfnisse der Herkunftsstaaten beziehungsweise der lokalen Bevölkerung zu berücksichtigen habe und dass eine gemeinsame Definition der Reintegration erforderlich sei.

Majidi sprach sie sich dafür aus, die Rückkehr- und Reintegrationsprogramme um ein verpflichtendes Monitoring zu ergänzen, damit eine entsprechende Datengrundlage für eine zukunftsfähige und faktenbasierte Forschung und Entwicklung der Migrationspolitik zur Verfügung stehe. □

Bei der anschließenden Publikumsdiskussion wurde unter anderem erwähnt, dass Reintegration eventuell einen Pull-Faktor darstellen könnte und gefragt, inwieweit dies bei der Entwicklung der Migrationspolitik berücksichtigt würde. Diesbezüglich führten die ExpertInnen des Panels aus, dass es entscheidend sei, die richtige Balance zwischen Rückkehrpolitik und nachhaltiger Migration zu finden. Derzeit stünden keine Daten zur Verfügung, sodass nicht beurteilt werden könne, ob Reintegrationsmaßnahmen als Pull-Faktoren anzusehen seien.



KonferenzteilnehmerInnen während der Pause.

FOKUS 3:

Schutz und Unterstützung auf lokaler Ebene

FOKUS 3: Schutz und Unterstützung auf lokaler Ebene

Die letzte Diskussionsrunde behandelte die Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen von vertriebenen Personen und MigrantInnen in den Herkunfts- sowie Transitregionen. Unter der Moderation von **Karim El-Gawhary** diskutierten **Alexander Betts**, Professor an der Universität Oxford, **Mulualem Getachew Adgeh**, juristischer Berater

im äthiopischen Außenministerium, **Sophie Magennis**, Leiterin der Abteilung Politik- und Rechtsberatung bei der UNHCR Regionalvertretung für EU-Angelegenheiten, sowie **Giulia Falzoi**, Leiterin der Abteilung Migration Management im Koordinationsbüro für das Mittelmeer der Internationalen Organisation für Migration.



Teilnehmer im Fokus 3 v.l.: Moderator Karim El-Gawhary (ORF) und Mulualem Getachew Adgeh (äthiopisches Außenministerium).

Als Einleitung des Forums stellte der Moderator Karim El-Gawhary seine Erfahrungen aus Ägypten dar, wo Flüchtlinge keinen Zugang zum Arbeitsmarkt oder zum staatlichen Gesundheitssystem und lediglich erschwerten Zugang zum Bildungssystem hätten. Das Panel fokussierte sich auf eine kritische Betrachtung der lokalen Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen.



Alexander Betts, Professor, Universität Oxford.

Alexander Betts (Universität Oxford), zugeschaltet via Video-Link, knüpfte an Colliers Ausführungen der Key Note an und präsentierte Aspekte des lokalen Schutzes und der Unterstützung. Er unterstrich Colliers Aussagen, wonach im Hinblick auf die europäische Asyl- und Migrationspolitik die eingefahrenen administrativen Systeme überwunden und eine langfristige Betrachtung der zu lösenden Migrationsfragen etabliert werden müsse.

Im Rahmen seines Vortrags hielt auch er fest, dass 85 Prozent der Flüchtlinge weltweit in Staaten mit niedrigem bzw. mittlerem Einkommen aufhältig seien. Zudem würden lediglich zehn Staaten 60 Prozent der Flüchtlinge weltweit aufnehmen. Diese Staaten müssten unterstützt werden, zumal die Aufnahme von Flüchtlingen sie noch mehr belasten würde. Nach Europa käme lediglich ein geringer Anteil dieser Flüchtlinge, sodass die Herausforderungen für Europa nicht quantitativer Natur wären, sondern in der Politik und im Wiederaufbau des Vertrauens der Bevölkerung bestünden.

„Die Herausforderungen in Europa sind keine zahlenmäßigen Herausforderungen, sondern Herausforderungen der Politik und Herausforderungen des Vertrauens, die das Resultat einer zerrütteten Zuversicht in das Asylsystem in Europa sind.“

Alexander Betts

Flüchtlinge seien traditionell gezwungen in Flüchtlingsunterkünften zu leben, teilweise sogar für Jahrzehnte. Das ergebe sich daraus, dass das derzeitige System auf

humanitäre Hilfe ausgerichtet sei. Die Geschichte zeige aber, dass es auch bessere Alternativen gebe. Diesbezüglich verwies Betts auf Flüchtlinge in Zentralamerika in den 1980/1990er Jahren, denen die Möglichkeit zur Selbsterhaltung und dadurch die Langzeitintegration ermöglicht worden sei.

Ein effizientes Flüchtlingssystem erfülle aus seiner Sicht drei Grundfunktionen:

- Schutz und grundlegende Unterstützung (etwa Unterkunft, Verpflegung, Kleidung);
- Autonomie, die Arbeitsplätze, Bildung und sozioökonomische Freiheiten umfasse – derzeit werde der Fokus rein auf langfristige humanitäre Hilfe gelegt;
- Einen Weg aus der Ungewissheit – das umfasse die Kontrolle über das Asylsystem und neue Zugänge zum System der Neuansiedlung.

In weiterer Folge gab er Einblick in erfolgreiche Projekte, beispielsweise in Kenia. Das dortige Modell umfasse unter anderem eine eigenständige Währung, mit der Flüchtlinge in bestimmten Geschäften, die von Flüchtlingen oder der einheimischen Bevölkerung geführt würden, bestimmte Waren erwerben könnten. Das gebe einerseits den Flüchtlingen Autonomie, andererseits würden Geschäfte, in denen die Währung akzeptiert würde, vor Konkurrenz am Markt geschützt. Ebenso werde ein sogenanntes „cash-for-shelter“-Programm umgesetzt, wodurch die Beauftragung von lokalen Unternehmen mit der Errichtung der Unterkunft ermöglicht werde.

Im Hinblick auf Jordanien nahm Betts auf den „Jordan Compact“ Bezug, der syrischen Flüchtlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt in einigen eingeschränkten Tätigkeitsfeldern ermögliche. Dies sieht er als gutes Beispiel für die Nutzung der Globalisierung, bei der für alle Beteiligten Vorteile entstehen würden. Der Fokus müsse für Betts daher auf den 85 Prozent der Flüchtlinge weltweit liegen, die in den Herkunftsregionen leben. In diesen Regionen müssten größere private Investitionen gemacht werden, um ähnliche Modelle zu ermöglichen. Darüber hinaus seien die Nachbarregionen von instabilen Staaten zu unterstützen, um eine Wanderung von Flüchtlingen aus diesen Regionen zu reduzieren. Dadurch könne Asyl in Europa langfristig zu einem Randthema gemacht werden.

Weiters kritisierte er, dass Asylverfahren bei gleicher Ausgangslage nicht zum gleichen Ergebnis führten. Es müsse daher daran gearbeitet werden, harmonisierte Ergebnisse zu erzielen. Zudem mögen die Wünsche der Aufnahmestaaten und die Fähigkeiten flüchtender Menschen – beispielsweise Sprachkenntnisse oder Arbeits Erfahrung – abgeglichen werden, um einen nachhaltigeren Zugang zu ermöglichen. □



Mulualem Getachew Adgeh, juristischer Berater, äthiopisches Außenministerium.

Mulualem Getachew Adgeh (äthiopisches Außenministerium) fokussierte sich in seiner Präsentation auf die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit zwischen Äthiopien und dem Treuhandfonds der Europäischen Union. Äthiopien sei ein Herkunfts-, Transit- und Aufnahmestaat, der mehr als eine Million Menschen aus 20 Staaten aufgenommen habe. Äthiopien sei jener Staat, der am meisten Gelder aus dem Treuhandfonds der Europäischen Union erhalte und Rückkehr und Reintegration priorisiere.

Ein weiterer Schwerpunkt liege auf dem Zugang zum Arbeitsmarkt, der Flüchtlingen seit 2016 gewährt würde. Dabei gelte, dass von den angebotenen Arbeitsplätzen 70 Prozent für die nationale Bevölkerung und 30 Prozent für Flüchtlinge zur Verfügung stehen. Weiters würden den Flüchtlingen Grundstücke zur landwirtschaftlichen Nutzung überlassen. Damit verbunden sei aber auch ein Missverständnis von Migration auf Seiten der Bevölkerung, das nicht zuletzt aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit der nationalen Bevölkerung zu Spannungen geführt habe. □

Aus dem Publikum wurde unter anderem gefragt, ob die lokalen afrikanischen Regierungen derartige Pläne und Modelle uneingeschränkt unterstützen würden und ob im Hinblick auf die beschränkten Möglichkeiten in den Staaten unter der Bevölkerung nicht Neid entstünde. Betts führte dazu erklärend aus, dass Studien zufolge die Präsenz von Flüchtlingen als weniger bedrohlich gewertet würde, wenn durch die Aufnahme von Flüchtlingen auch spürbare wirtschaftliche Möglichkeiten für die lokale Bevölkerung geschaffen würden. Dadurch würde es auch den lokalen PolitikerInnen vereinfacht, der nationalen Bevölkerung zu vermitteln, dass Flüchtlinge als Vorteil und nicht als Belastung anzusehen seien.



KonferenzteilnehmerInnen bei der Publikumsdiskussion.

Auf die Frage des Moderators, wie Flüchtlingen Arbeitsplätze gegeben werden könnten, wenn die Staaten selbst bereits geschwächt seien, führte Betts aus, dass auch für die lokale Bevölkerung Vorteile aus der Aufnahme von Flüchtlingen entstehen müssten. Der Schlüsselfaktor sei eine integrierte Entwicklung zu ermöglichen, sodass die gesamte Wirtschaft im Aufnahmestaat aufgebaut werde, nicht bloß die Wirtschaft in bzw. um die Flüchtlingsunterkünfte. □



Sophie Magennis, Leiterin der Abteilung Politik- und Rechtsberatung, UNHCR Regionalvertretung für EU-Angelegenheiten.

Sophie Magennis (UNHCR) nahm Bezug auf das Narrativ, das den ersten Konferenztag bestimmt hätte. Dieses Narrativ beziehe sich darauf, dass die Lösung der gegenwärtigen Herausforderungen der Europäischen Union in Afrika zu suchen sei. Ebenso nahm sie Bezug auf die österreichisch-dänischen Pläne, die mit Collier erarbeitet worden waren, wonach Asyl und Schutz fast ausschließlich außerhalb Europas gewährt werden solle. Für UNHCR sei selbstverständlich, dass an erster Stelle der Schutz von AsylwerberInnen und Flüchtlingen stehen müsse. Im Idealfall würde dieser Schutz nahe am Herkunftsstaat gewährt. Die gegenwärtige asylpolitische Entwicklung in

der Europäischen Union werde von UNHCR jedoch als problematisch angesehen, zumal es auch schwierig sei, von Drittstaaten Maßnahmen zu verlangen, die die Europäische Union selber nicht umsetze.

Der Fokus müsse auf den 85 Prozent der weltweit vertriebenen Personen liegen, die in den Nachbarstaaten ihres Herkunftsstaates leben würden. Das erfordere Solidarität, und zwar nicht nur in Bezug auf finanzielle Zuwendungen, sondern jeder Staat habe auch über finanzielle Unterstützung hinweg seinen Beitrag zu leisten. Magennis verwies diesbezüglich auf die Verhandlungen mit Küstenstaaten des Mittelmeers, um die gegenwärtige Unklarheit bezüglich der Zuständigkeit bei Such- und Rettungsaktionen ebenso zu klären, wie die Frage, wo gerettete Personen von Bord gehen sollten. Bei einigen afrikanischen Staaten sei der Eindruck entstanden, die Europäische Union wolle durch diese Verhandlungen sicherstellen, dass die geretteten Personen in afrikanischen Staaten von Bord gingen, um damit ihre Verantwortung auf den globalen Süden abzuschieben. UNHCR und IOM hätten den bei diesen Verhandlungen anwesenden afrikanischen Staaten versichert, dass das nicht das Ziel sei, sondern die afrikanischen Staaten unterstützt werden sollten. Mit der österreichisch-dänischen Vision scheine jedoch genau dieses – von manchen afrikanischen Staaten als negativ bewertete – Ziel verfolgt zu werden.

Magennis hielt fest, dass es einer entsprechenden Vision im Umgang mit den anstehenden Migrationsthemen bedürfe. Ohne eine solche Vision würde es schwierig werden, ein neues Schutzsystem aufzubauen. Der Zugang von UNHCR bezüglich eines Schutzsystems auf globaler und europäischer Ebene umfasse vier konkrete Aspekte:

- Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten müssten auf globaler Ebene mehr eingebunden werden, um entsprechende Strategien für Herkunftsstaaten und Transitstaaten sowie legale Migrationsmöglichkeiten zu entwickeln;
- Es müsse eine ausreichende Notfallplanung vorliegen – trotz der Migrationsereignisse 2015 gäbe es kein passendes System und Bootsankünfte im Mittelmeer würden ad hoc auf Ebene der Staatschefs gelöst;
- Es müsse ein Asylsystem geschaffen werden, das aufgrund effizienter Verfahren schnell feststellen könne, ob eine Person schutzbedürftig sei. Ebenso sei ein Umverteilungssystem in der Europäischen Union notwendig;
- Schließlich müsse eine bessere Integration möglich sein.

Die Antworten der Asyl- und Migrationsfragen nur in Afrika zu sehen, reiche nicht aus. Die Europäische Union

müsse Führungsstärke zeigen und jenen Staaten, die die Mehrzahl der vertriebenen Menschen aufnehmen, klarmachen, dass die Europäische Union an ihrer Seite stehe.

Diese Ansichten wurden auch von Betts geteilt, der unterstrich, dass bei ausreichendem Schutz im Herkunftsstaat zudem weniger Menschen nach Europa kämen. Asyl in Europa müsse in nachhaltiger Weise erhalten bleiben. In Hinblick auf den österreichisch-dänischen Aktionsplan meinte Betts, dass er die Vision in der gegenwärtigen Form nicht befürworte. Er unterstütze jedoch eine Vision, in der der Schutz in den Herkunftsregionen gefördert und das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ reformiert würde. Es brauche eine Vision, die die Europäische Union eint. Er begrüßte den österreichisch-dänischen Impuls und nannte die vorgelegten Pläne einen guten Ausgangspunkt. Es brauche jedoch noch mehr Input von anderen Akteuren wie etwa UNHCR. □



Giulia Falzoi, Leiterin der Abteilung Migration Management, Koordinationssbüro für das Mittelmeer, Internationale Organisation für Migration.

Giulia Falzoi (Koordinationsbüro für das Mittelmeer der Internationalen Organisation für Migration) stellte das „Regional Development and Protection Programme“ der Europäischen Union mit Fokus auf die nordafrikanischen Staaten vor.

Hinsichtlich des Schutzes lege das Programm sein Hauptaugenmerk auf Kapazitätsaufbau in den einzelnen Staaten. Darüber hinaus sollen Reaktionsmechanismen in Asyl- und Migrationsangelegenheiten gestärkt und die Informationsweitergabe bezüglich der Risiken der irregulären Migration forciert werden. Das werde beispielsweise durch Videos im Rahmen der Kampagne awaremigrants.org erreicht. Zu den vorgeführten Videos wurde festgehalten, dass ihr primäres Ziel sei eine „informed decision“ zu ermöglichen. Es ginge also nicht darum, Menschen von der Reise abzuhalten, sondern ihnen eine entsprechende Grundlage für ihre Entscheidung zu

bieten. Eine weitere Kampagne mit dem Ziel die Informationen auch im ländlichen Bereich ohne Internet und Radio zu verbreiten wurde vor kurzem gestartet.

Im Sinne des Entwicklungsaspekts, der Bestandteil des Programmes ist, würden lokale Projekte unterstützt, die für Flüchtlinge und die Aufnahmegesellschaft gleichermaßen wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten fördern würden. Das umfasse etwa auch die Feststellung des Flüchtlingsstatus, Assistenz für gestrandete Flüchtlinge, AsylwerberInnen und MigrantInnen sowie Unterstützung beim Registrierungs- und Ansiedlungsprozess.

Falzoj betonte, dass die Lösung der anstehenden Migrationsfragen nicht alleine in Afrika zu suchen sei, sondern auch die Europäische Union etwas beitragen und reguläre Wege der Migration nach Europa schaffen müsse.

Speziell zu Maßnahmen zum Schutz von Migrantinnen wurde ausgeführt, dass Frauen meist alleine reisen würden und demnach spezifischen Arten von Missbrauch ausgesetzt wären. Von der Internationalen Organisation für Migration bestünden spezielle Programme, um Frauen beispielsweise durch sichere Unterkünfte zu schützen. Der Gender-Aspekt sei für die Internationale Organisation für Migration sehr wichtig und werde jedenfalls berücksichtigt. □

Bei der Publikumsdiskussion wurde gefragt, warum, UNHCR primär die westlichen Staaten dazu dränge, Flüchtlinge aufzunehmen, wohingegen Solidarität und Verantwortung von reichen arabischen Ölstaaten bislang nicht eingefordert worden sei. UNHCR entgegnete diesbezüglich, mit allen Staaten in Kontakt zu stehen und sie aufzurufen Unterstützung zu gewährleisten. Europa leiste mit Neuansiedlungsplätzen für ca. 25.000 Menschen einen wesentlichen Beitrag. Jedoch stelle sich auch die Frage, wie andere Staaten und Regionen aktiv werden sollten, wenn die Europäische Union die Ansicht veretrete, dass für die Lösung Drittstaaten zuständig seien.

Die Ergebnisse des Panels zusammenfassend führte **Karim El-Gawhary** aus, dass die Lösung nicht ausschließlich in Afrika, in der Europäischen Union oder in den reichen arabischen Staaten läge, sondern nur alle gemeinsam eine Lösung finden könnten. Betrachte man die gegenwärtige Situation in zehn oder 20 Jahren rückblickend, sei nur eine Frage relevant:

„Haben wir in dieser Situation versagt oder sind wir daran gewachsen?“

Karim El-Gawhary



Karim El-Gawhary, Auslandskorrespondent, ORF.

Schlussbemerkungen

Peter Webinger



Peter Webinger, Leiter der Gruppe Asyl, Migration, Staatsbürgerschaft, Personenstand und Menschenrechte, österreichisches Bundesministerium für Inneres.



Peter Webinger (österreichisches Bundesministerium für Inneres) hielt zum Schluss der Konferenz fest, dass die Diskussion gezeigt habe, mit welchen Emotionen und Kontroversen das Asyl- und Migrationsthema verbunden sei. Er rief einmal mehr in Erinnerung, dass es in diesen Fragen um Menschen gehe.

Derzeit bestünde kein adäquates Schutzsystem, da das bestehende System aus einer vorglobalisierten Welt stamme und nicht in die nunmehr globale Welt passe. Verantwortung zu übernehmen heiße auch zu verstehen, dass Empathie und Migrationspolitik nicht nur die Empathie für MigrantInnen, sondern auch für die Herkunftsregion und die Aufnahmegesellschaft umfasse. Ziel sei es daher, Perspektiven in den Herkunftsregionen zu schaffen. Hinsichtlich des Beitrags, der von den einzelnen Staaten zu leisten sei, gehe es um den bestmöglichen Einsatz der Talente des jeweiligen Staates. Es brauche Differenzierung und keine Einheitssolidarität.

Hinsichtlich der Lösungsansätze fasste er zusammen, dass die Vielzahl der zu berücksichtigenden Faktoren das Abgehen von einer Schwarz-Weiß-Mentalität erfordere. Zwar seien keine neuen Ideen vorgestellt worden, neu seien aber der holistische Ansatz und das Verbinden von mehreren Zielen, um sie zu einer Vision zu machen.

Ein wichtiges Ergebnis der Konferenz sei die allgemeine Zustimmung zur Notwendigkeit der Datensammlung, zumal es für zielgerichtete Diskussionen einer unbestrittenen Grundlage bedürfe. □

Anhang

Konferenzprogramm 4. und 5. Oktober 2018 Wien

08:00 – 09:00 Registrierung

09:00 – 09:30
Begrüßung und Eröffnung

Herbert Kickl, österreichischer Bundesminister für Inneres

Manfred Profazi, Senior Regionalbeauftragter für Europa und Zentralasien, Internationale Organisation für Migration

09:30 – 10:30
Key Note

Paul Collier, Professor für Wirtschaftswissenschaften und Public Policy, Blavatnik School of Government, Universität Oxford

10:30 – 11:15 Kaffeepause

11:15 – 12:15
Eröffnungsdiskussion

Basierend auf der aktuellen Daten- und Faktenlage sowie erwarteten zukünftigen Trends, diskutieren die TeilnehmerInnen dieses Panel migrationspolitische Entwicklungen auf europäischer und globaler Ebene.

Henrik Ankerstjerne, Stellvertretender Ständiger Staatssekretär, Dänisches Ministerium für Immigration und Integration

Ioan-Drăgăș Tudorache, Leiter der Abteilung für irreguläre Migration und Rückkehr, Europäische Kommission

Siga Fatima Jagne, Kommissarin für soziale Angelegenheiten und Gender, ECOWAS Kommission

Paul Collier, Professor für Wirtschaftswissenschaften und Public Policy, Blavatnik School of Government, Universität Oxford

Moderation: **Michael Fleischhacker**, Quo Vadis Veritas Redaktions GmbH

12:15 – 13:30 Mittagspause

13:30 – 15:00

FOKUS 1: Migrationsdiplomatie und Migrationsmanagement

In diesem Panel werden die diplomatischen Ansätze zum Migrationsmanagement nach Europa, insbesondere internationale Partnerschaften in den Bereichen Migration und Rückübernahmeabkommen sowie Visa behandelt. Darüber hinaus werden unterschiedliche Aspekte des europäischen Grenzmanagements diskutiert.

Nicolás Berlanga Martínez, Berater für Migration, Europäischer Auswärtiger Dienst

Henrik Ankerstjerne, Stellvertretender Ständiger Staatssekretär, Dänisches Ministerium für Immigration und Integration

Monika Laurinavičiute, Koordinatorin der Abteilung Internationale Kooperation, Frontex

Camille Le Coz, Politikanalytikerin, Migration Policy Institute

Moderation: **Belachew Gebrewold**, Management Center Innsbruck

15:00 – 15:30 Kaffeepause

15:30 – 17:00
FOKUS 2: Rückkehr und nachhaltige Reintegration

In diesem Panel werden die Themen Rückkehr und nachhaltige Reintegration in die Rückkehrländer erörtert. Neben einer Präsentation bestehender Strategien werden jene Faktoren diskutiert, die über den Erfolg eines nachhaltigen Ansatzes entscheiden.

Ioan-Drăgăș Tudorache, Leiter der Abteilung für irreguläre Migration und Rückkehr, Europäische Kommission

Nicola Graviano, Leitender Experte für Unterstützte Freiwillige Rückkehr und Reintegration, Internationale Organisation für Migration

Nassim Majidi, Kodirektorin und Mitbegründerin, Think Tank Samuel Hall

Moderation: **Melita Hummel-Sunjic**, Transcultural Campaigning

08:30 – 9:00 Registrierung

09:00 – 10:00 (TEIL 1) + 10:30 – 12:30 (TEIL 2)
FOKUS 3: Schutz und Unterstützung vor Ort

In diesem Panel werden die Schutz- und Unterstützungsmöglichkeiten in den Herkunftsregionen von Vertriebenen und MigrantInnen sowie in Transitregionen kritisch beleuchtet. Im Rahmen einer generellen Einführung in EU-Maßnahmen und Instrumente werden auch konkrete Projekte vorgestellt.

Alexander Betts, Professor, Brasenose College, Universität Oxford

Mulualem Getachew, Juristischer Berater, äthiopisches Außenministerium

Sophie Magennis, Leiterin der Abteilung Politik- und Rechtsberatung, UNHCR Regionalvertretung für EU-Angelegenheiten

Giulia Falzoi, Leiterin der Abteilung Migration Management, Koordinationsbüro für das Mittelmeer der Internationalen Organisation für Migration

Moderation: **Karim El-Gawhary**, ORF

10:00 – 10:30 Kaffeepause

12:30 – 13:00
Schlussworte

Peter Webinger, Leiter der Gruppe Asyl, Migration, Staatsbürgerschaft, Personenstand und Menschenrechte, österreichisches Bundesministerium für Inneres

13:00 – 14:00 Mittagssnack



Herausgeber:

Nationaler Kontaktpunkt Österreich im
Europäischen Migrationsnetzwerk

Internationale Organisation für Migration,
Landesbüro für Österreich
Nibelungengasse 13/4, 1010 Wien
Tel.: +43 1 585 33 22 0
iomvienna@iom.int, emnaustria@iom.int
www.iomvienna.at, www.emn.at

© November 2018, Internationale Organisation für
Migration (IOM)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Publikation darf
ohne schriftliche Erlaubnis des Herausgebers in irgend-
einer Form (Druck, Fotokopie, elektronische Datenträger,
oder in einem anderen Verfahren) reproduziert oder
unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet
werden.

Layout:

kronsteiner | lohmer

Fotos:

Viennamotion KG

Der vorliegende Konferenzbericht stellt eine Zusammenfassung der Beiträge der RednerInnen dar, die im Rahmen der EMN Jahreskonferenz 2018 zum Thema „Managing Migration – from Reacting to Shaping“ am 4. und 5. Oktober 2018 in Wien ihre Expertise teilten. Die Meinungen, die in diesem Konferenzbericht geäußert werden, sind die der RednerInnen und reflektieren nicht unbedingt die Position des österreichischen Bundesministeriums für Inneres, der Europäischen Kommission und/oder der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Die verwendeten Bezeichnungen und die Darstellung von Material in dem gesamten Bericht bedeuten keinerlei Stellungnahme seitens der IOM bezüglich des rechtlichen Status eines Landes, eines Territoriums, einer Stadt oder Region, dessen Behörden oder hinsichtlich ihrer Grenzen. Der vorliegende Bericht wurde ohne formale Editierung durch das IOM-Hauptquartier veröffentlicht.

IOM ist dem Prinzip verpflichtet, dass menschenwürdige und geregelte Migration den MigrantInnen und der Gesellschaft zugutekommt. Als zwischenstaatliche Organisation zielt IOM gemeinsam mit ihren PartnerInnen in der internationalen Gemeinschaft darauf ab, Unterstützung bei der Bewältigung von operationellen Migrationsherausforderungen anzubieten, das Verständnis über Migration zu erhöhen, soziale und ökonomische Entwicklung durch Migration zu fördern sowie die Menschenwürde und das Wohlergehen von MigrantInnen aufrechtzuerhalten.

Gefördert durch den AMIF
der Europäischen Union



BM.I



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES



Das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) wird von der Europäischen Kommission koordiniert und besteht aus Nationalen Kontaktpunkten (NKP) in jedem Mitgliedsstaat sowie Norwegen. Der Nationale Kontaktpunkt Österreich im EMN wird von der Europäischen Kommission und dem Österreichischen Bundesministerium für Inneres finanziert.





**Europäisches Migrationsnetzwerk
JAHRESKONFERENZ 2018**

**4. – 5. OKTOBER
WIEN
ÖSTERREICH**

MANAGING MIGRATION –
FROM REACTING TO SHAPING
